

DEUTSCHE POLITIK IM BLICK AUF UNO, ISRAEL UND IRAN

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN LAICHINGEN, 4. AUGUST 2021

Zum Einstieg

Auf den ersten Blick könnte man denken, dass Angela Merkel eine wirklich beachtliche, eindrucksvolle, programmatische Rede gehalten hat, als sie im März 2008 aus Anlass des 60. Geburtstages des Staates Israel vor das israelische Parlament, die Knesset, trat und dort wohlklingende Sätze sprach. Sätze wie diese beispielsweise: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“ Oder Sätze wie diese: „Wie gehen wir damit um, wenn in Umfragen eine deutliche Mehrheit der Befragten in Europa sagt, die größere Bedrohung für die Welt gehe von Israel aus und nicht etwa vom Iran? Schrecken wir Politiker in Europa dann aus Furcht vor dieser öffentlichen Meinung davor zurück, den Iran mit weiteren und schärferen Sanktionen zum Stopp seines Nuklearprogramms zu bewegen? Nein, [...] genau das dürfen wir nicht. Denn täten wir das, dann hätten wir weder unsere historische Verantwortung verstanden noch ein Bewusstsein für die Herausforderungen unserer Zeit entwickelt. Beides wäre fatal. [...] Nicht die Welt muss Iran beweisen, dass der Iran die Atombombe baut. Iran muss die Welt überzeugen, dass er die Atombombe nicht will.“ Oder Sätze wie diese: „Während wir hier sprechen, leben Tausende von Menschen in Angst und Schrecken vor Raketenangriffen und Terror der Hamas. Ich sage klar und unmissverständlich: Die Kassam-Angriffe der Hamas müssen aufhören. Terrorangriffe sind ein Verbrechen.“

Wenn man das so hört respektive liest, könnte man annehmen, der Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ sei gewissermaßen der beste Freund jenes Staates, der drei Jahre nach der Shoa von jenen gegründet wurde, die der deutschen Barbarei entkommen waren oder sie mit knapper Not überlebt hatten. Kein deutscher Politiker, der während eines Staatsbesuches in Israel nicht von der „besonderen deutschen Verantwortung“ gegenüber Israel spräche und sich nicht vor den Opfern respektive Überlebenden des Nationalsozialismus verneigte; kein

deutscher Politiker, der nicht versicherte, die Bundesrepublik stehe fest an der Seite des jüdischen Staates und werde stets alles für dessen Sicherheit tun. Kein deutscher Politiker auch, der es versäumte, auf die langjährigen, guten Beziehungen zwischen beiden Ländern hinzuweisen, die es nicht nur im politischen, sondern beispielsweise auch im wirtschaftlichen und im kulturellen Bereich gebe. Doch hält die Wirklichkeit diesen wohlformulierten Worten stand? Folgt die Praxis also der Theorie?

„Deutsche Politik im Blick auf Uno, Israel und Iran“ lautet der Titel dieses Vortrags. Es würde seinen Rahmen sprengen, wollte man eine umfassende Analyse der deutsch-israelischen Beziehungen und ihrer Geschichte vornehmen. Doch ein kleiner Rückblick in die Historie sei mir gestattet, bevor ich die Gegenwart einer Prüfung unterziehen werde. Denn es ist immer wichtig, noch einmal deutlich zu machen, wie man eigentlich zu dem Punkt gekommen ist, an dem man heute steht. Und dann möchte ich auch prüfen, was die Uno und der Iran damit zu tun haben.

Historischer Rückblick

Schauen wir also zurück, um schlappe 70 Jahre. Von sich aus wäre die erste Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer wohl nicht auf die Idee gekommen, sich in Bezug auf Reparationszahlungen und die sogenannte Wiedergutmachung mit der israelischen Regierung ins Benehmen zu setzen. Es bedurfte schon des Drucks aus Israel und vonseiten der westlichen Alliierten, damit Adenauer im April 1951 unter strenger Geheimhaltung israelische Abgesandte traf, um direkte Verhandlungen vorzubereiten. Fünf Monate später sprach der Bundeskanzler dann auch vor dem Bundestag erstmals von einer deutschen Verantwortung für die NS-Verbrechen und von einer grundsätzlichen Verpflichtung gegenüber Israel und dem jüdischen Volk.

Nach mehreren Gesprächen zwischen der Bundesregierung sowie Vertretern der Jewish Claims Conference kam es 1952 schließlich zum Luxemburger Abkommen, das deutsche Zahlungen in Höhe von rund dreieinhalb Milliarden Mark in zwölf Jahresraten vorsah, die als Reparationen vor allem in Form von Warenlieferungen an den Staat Israel geleistet werden sollten. Innerhalb der Regierungskoalition stieß diese Vereinbarung allerdings teilweise auf heftige Ablehnung. Israel habe kein Recht auf Reparationen, da es während des Nationalsozialismus noch gar nicht existiert habe, hieß es so unverfroren wie unverhohlen.

Nach einer Umfrage im August 1952 fanden auch 44 Prozent der postnazistischen Deutschen das Luxemburger Abkommen „überflüssig“, gerade einmal elf Prozent befürworteten es. Im Bundestag kam die Übereinkunft nur deshalb durch, weil die Ja-Stimmen der sozialdemokratischen Opposition zahlreicher waren als die Nein-Stimmen und Enthaltungen aus den Reihen der Regierungsparteien.

Auch in Israel gab es Kritik an dem Abkommen, allerdings aus völlig anderen Gründen. Besonders die Opposition sprach sich dagegen aus, aus Deutschland stammendes „Blutgeld“ in Empfang zu nehmen. Doch Premierminister David Ben Gurion setzte sich durch, denn ökonomisch gesehen waren die Zahlungen für Israel unerlässlich. In den ersten Jahren nach dem Abkommen machten die deutschen Lieferungen – zu denen vor allem Eisen und Stahl, Erzeugnisse der stahlverarbeitenden und der chemischen Industrie sowie landwirtschaftliche Produkte gehörten –, diese Lieferungen also machten ein Drittel der Gesamteinfuhren aus. Zwischen 1953 und 1965 stieg der Anteil des deutschen Kapitalexports am Gesamtkapitalimport Israels von 21 auf 49 Prozent. Aus diesem Grund, aber auch, weil das militärisch bedrohte Land dringend auf Verbündete angewiesen war, mehrten sich im jüdischen Staat die Stimmen, die für diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik eintraten. Das jedoch wurde von deutscher Seite abgelehnt. Denn ab 1955 galt die sogenannte *Hallstein-Doktrin*, das heißt: Die Bundesrepublik bestand auf einem Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland und drohte jedem Staat, der die DDR völkerrechtlich anzuerkennen gedachte, mit Sanktionen und Maßnahmen bis hin zum Abbruch der ökonomischen oder sogar der diplomatischen Kontakte.

Das wiederum kam den arabischen Staaten zupass: Sie kündigten nun ihrerseits an, die traditionell guten kulturellen und außenhandelspolitischen Beziehungen zu Westdeutschland mindestens stark zurückzufahren und außerdem die DDR anzuerkennen, sollte die Bundesrepublik mit Israel eine offizielle diplomatische Verbindung eingehen. Dessen ungeachtet forderte Ben Gurion Ende Juni 1957 die Bundesregierung erstmals öffentlich auf, „normale diplomatische Beziehungen“ zu Israel aufzunehmen. Bonn weigerte sich weiterhin, verhandelte aber ein halbes Jahr später mit Jerusalem im Geheimen über eine militärische Zusammenarbeit. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß und der israelische Staatssekretär Schimon Peres einigten sich auf gegenseitige Rüstungslieferungen.

Zugleich sollten die sehr guten deutsch-arabischen Beziehungen um keinen Preis eingeschränkt werden – eine Tatsache, die Israel immer wieder zum Nachteil geriet und die

offiziellen Beteuerungen, man sei selbstverständlich an einem guten Verhältnis zum jüdischen Staat interessiert, konterkarierte (es kommt einem irgendwie bekannt vor ...). Ende Juli 1962 beispielsweise flog auf, dass eine Reihe hochkarätiger deutscher Techniker an der Entwicklung eines ägyptischen Raketenprogramms beteiligt war. Bundesdeutsche Behörden hatten die Tätigkeit der deutschen Experten, durch die die Sicherheit Israels erheblich bedroht wurde, einfach geschehen lassen. Die israelische Regierung forderte die Bundesregierung daher auf, die Wissenschaftler zurückzuholen. Doch Bonn hatte lediglich ein paar Worte des Bedauerns übrig und kündigte „materielle Anreize“ zur Abwerbung der Raketentechniker an. 1964 wurde israelischen Unternehmen die Teilnahme an der Berliner Industrieausstellung verwehrt – auch dies eine Konzession gegenüber den arabischen Staaten. 1965 weigerten sich die Elektrokonzerne Telefunken und Siemens, Niederlassungen in Israel einzurichten oder sich an Lieferungen nach Israel zu beteiligen – das Ergebnis einer unter arabischem Druck zustande gekommenen Firmenpolitik. Die Bundesregierung schwieg zu solchen Boykottpraktiken beharrlich.

Am 12. Mai 1965 vereinbarten Bundeskanzler Ludwig Erhard und Ministerpräsident Levi Eshkol schließlich den Austausch von Botschaftern. Zehn von 13 arabischen Staaten brachen daraufhin vorübergehend ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab, vorerst noch ohne Anerkennung der DDR. Ab 1967 versuchte das in Beirut ansässige „Boykottbüro“ der Arabischen Liga, deutsche Firmen von Geschäftskontakten nach Israel respektive von Lieferungen an israelische Partner abzuhalten. Die Methoden dieses „Boykottbüros“ reichten von der Vermittlung einträchtiger Alternativgeschäfte im arabischen Raum bis hin zu unverhohlenen Drohungen.

In den 1960er Jahren trat außerdem die PLO auf den Plan, nicht zuletzt mit Terroranschlägen und Flugzeugentführungen – auch in Westdeutschland. Zu nennen wäre hier natürlich in erster Linie das Attentat der Terrorgruppe „Schwarzer September“, einer PLO-Unterorganisation, auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972 und der anschließende, extrem dilettantische Befreiungsversuch auf dem Militärflughafen von Fürstenfeldbruck. Die Deutschen hätten sich ausgesprochen unprofessionell verhalten und die Aktion unbedingt so schnell wie möglich beenden wollen, auf welche Weise auch immer, sagte der damalige Mossad-Chef Zvi Zamir, der mit Zustimmung des deutschen Innenministers Hans-Dietrich Genscher der versuchten Befreiung beigewohnt hatte. Wörtlich sagte Zamir: „Sie haben nicht die kleinsten Bemühungen

unternommen, um Leben zu retten, sind nicht das kleinste Risiko eingegangen, um die Menschen zu retten – nicht ihre und nicht unsere.“ Doch die Bundesregierung unter Willy Brandt wies die Kritik Zamirs zurück und behauptete allen Ernstes, es seien keine Fehler gemacht worden.

Ende Oktober 1972, wenige Wochen nach diesem tödlichen Desaster, wurde eine Lufthansa-Maschine auf dem Flug von Beirut nach München von einem PLO-Kommando entführt. Die Geiselnnehmer forderten die sofortige Freilassung der drei noch lebenden, in der Bundesrepublik inhaftierten Olympia-Terroristen; andernfalls würden sie das Flugzeug zur Explosion bringen. Die Bundesregierung gab sofort nach, und diesmal fiel die Reaktion der israelischen Regierung noch bedeutend schärfer aus. Außenminister Abba Eban beispielsweise machte gegenüber dem deutschen Botschafter in Israel klar: „Die drei Terroristen können nun noch mehr Menschen ermorden. Mit dieser Aktion ist gewissermaßen die Todesstrafe über weitere Israelis verhängt worden.“ Bundeskanzler Willy Brandt verteidigte sich und seine Regierung: In diesem konkreten Fall habe es keine andere Wahl gegeben, schrieb er nach Jerusalem. Andere deutsche Politiker ließen die Israelis barsch wissen, Deutschland sei schließlich nicht verantwortlich für den Nahostkonflikt. In einer 2012 ausgestrahlten ARD-Dokumentation sagte Ex-Mossad-Chef Zvi Zamir dazu: „Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass es keinen wirklichen Schutz gibt. Es gibt Sicherheitsvorkehrungen, Sympathie, Unterstützung, ja. Aber um wirklich schützen zu können, muss man bereit sein, notfalls auch mit Blut zu bezahlen. Das tut keiner. Keiner zahlt für uns mit seinem Blut.“ Und die Deutschen, so wäre hinzuzufügen, schon gleich gar nicht.

Willy Brandt bezeichnete das Verhältnis zu Israel seinerzeit übrigens als „normale Beziehungen mit besonderem Charakter“. Er war der erste amtierende Bundeskanzler, der nach Israel reiste, doch unter ihm und seinem Nachfolger Helmut Schmidt gab es auch eine deutlich stärkere politische Hinwendung zu den Gegnern und Feinden des jüdischen Staates – sei es in puncto Nachgiebigkeit bei Terroraktionen wie der erwähnten Flugzeugentführung, sei es durch andere Formen des Entgegenkommens. Während des Yom-Kippur-Krieges 1973 beispielsweise untersagte die Bundesregierung den USA, Waffen aus US-Depots in Westdeutschland an das angegriffene Israel zu liefern. Im selben Jahr fand der seinerzeitige Außenminister Walter Scheel, die „Blutschuld der Vergangenheit“ dürfe die außenpolitische Handlungsfreiheit der Bundesrepublik nicht länger beschränken, und verlangte nassforsch, Israel solle endlich die „territoriale Besetzung“ der palästinensischen Gebiete beenden. 1974

forderte der deutsche UN-Botschafter Rüdiger von Wechmar das „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“ – unter explizitem Hinweis darauf, auch den Deutschen in West und Ost werde ihr Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. 1979 kam es zum Handschlag des SPD-Vorsitzenden Brandt und des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky mit Yassir Arafat in Wien (Kreisky umarmte Arafat sogar). In der deutschen Sozialdemokratie wurde der pro-arabische Kurs oft nicht zuletzt mit der Begründung gerechtfertigt, die Solidarität mit Israel müsse auch eine Parteinahme für die Palästinenser einschließen, schließlich seien diese angesichts des israelischen Vorgehens die „sekundären Opfer der deutschen Judenpolitik“ (also gewissermaßen die „Opfer der Opfer“) – und nicht etwa diejenigen, die im Verbund mit den arabischen Nachbarstaaten alles unternahmen, um die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten zu unterminieren.

Auch der frühere Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt schlug in dieser Kerbe, als er 1981 im Anschluss an eine Reise nach Saudi-Arabien, wo er mit seinen Gastgebern über die Lieferung von Panzern verhandelte, verlautbaren ließ, die Deutschen hätten „eine moralische Verpflichtung gegenüber den Palästinensern“, außerdem blockiere Israel mit seiner Siedlungspolitik eine Friedenslösung im Nahen Osten. Die israelische Regierung konterte diese Bemerkungen scharf: Premierminister Menachem Begin erinnerte daran, dass Schmidt „an der Ostfront gekämpft“ habe, wo die Juden „hauptsächlich vernichtet“ worden seien, und attestierte Schmidt, dessen Politik sei von „Habsucht“ geprägt, weil er in Saudi-Arabien nichts im Sinn gehabt habe, als „Waffen teuer zu verkaufen“ und „Erdöl billig einzukaufen“. Außenminister Yitzchak Shamir kommentierte die Bemerkungen Schmidts mit den Worten: „Plötzlich gibt es eine neue Verpflichtung des Kanzlers gegenüber denen, die versuchen, das Werk fortzusetzen, das die Nazis nicht vollenden konnten.“

Und wie fielen die Reaktionen auf diese Kritik in Deutschland aus? Man könnte sagen: erwartungsgemäß. Ich zitiere aus dem „Spiegel“ vom 11. Mai 1981: „Die maßlosen Angriffe des Ministerpräsidenten aus Jerusalem gegen den Bonner Regierungschef, seine gehässigen Beschimpfungen eines ehemaligen Oberleutnants der großdeutschen Wehrmacht namens Helmut Schmidt haben in Bonn für einen Augenblick wenigstens wieder jene Gemeinsamkeit der Demokraten erzeugt, deren Verlust Regierung wie Opposition sonst so heftig beklagen – eine Solidaritätsbekundung nicht nur für die Person Schmidt, sondern auch Nachweis für den Wunsch der Politiker, dass mit der Aufrechnung von Schuld und Sühne einmal Schluss sein müsse. 36 Jahre nach Kriegsende wollen sich die Deutschen nicht als einig Volk von Nazis

fühlen. [...] Als den Kanzler in Bonn Freund und Feind gegen die Attacken in Schutz nahmen, bedankte sich Schmidt in seiner Fraktion gerührt für die ungewohnte Solidarität. Dankbar war er, als sich der Christdemokrat Rainer Barzel [...] entschieden von Begin distanzierte. Erfreut bemerkte er, dass auch Oppositionschef Helmut Kohl ausdrücklich keine Entschuldigung für den israelischen Ministerpräsidenten gelten lassen wollte. [...] Kanzler-Vertraute fühlten sich [...] an die Tiraden Hitlers erinnert, der im Zweiten Weltkrieg den englischen Premier Winston Churchill als ‚wahnsinnigen Paralytiker und Säufer‘ beschimpft hatte. ‚Noch nie‘, entsetzte sich ein Schmidt-Berater, ‚hat es so was gegeben – außer im Krieg‘. Da war sie wieder, die deutsche Volksgemeinschaft – hier als ‚Gemeinsamkeit der Demokraten‘ euphemisiert –, die sich gegen die frechen Juden formiert und sich gleichzeitig als Opfer fühlt. Das Ganze versehen mit einem vermeintlich antifaschistischen Anstrich – dass die Israelis die neuen Nazis sind und ihr Premierminister an Hitler erinnert, fand man jedenfalls schon damals.

Nach Schmidt kam bekanntlich Helmut Kohl, der 1984 bei einem Staatsbesuch in Israel die ‚Gnade der späten Geburt‘ für sich reklamierte; es kam die Wiedervereinigung mit ihren rassistischen Pogromen gegen Nichtdeutsche, was auch in Israel begreiflicherweise viele in Angst und Schrecken versetzte. Und es kam der Golfkrieg des Jahres 1991, in dem Saddam Hussein seine mit deutschem Giftgas bestückten Raketen auf Tel Aviv schoss, während die grandiose deutsche ‚Friedensbewegung‘ zu Hunderttausenden auf die Straßen ging, um gegen die USA zu demonstrieren, und der Grüne Ströbele die irakischen Scud-Raketen als ‚logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels‘ bezeichnete.

Bis hierhin habe ich diesen Rückblick stark auf das Kanzleramt konzentriert; es wäre aber auch über das Auswärtige Amt und sein Verhältnis zu Israel zu sprechen. Ganz ausführlich hat das Remko Leemhuis, der Direktor des American Jewish Committee in Berlin, in seiner sehr lesenswerten Dissertation für die Jahre 1967 bis 1979 getan. Leemhuis stellt fest, dass das politische Handeln der deutschen Diplomatie gegenüber dem jüdischen Staat nicht von Mitgefühl für die Opfer der Shoa geprägt war, sondern vielmehr von der Sorge vor negativen Reaktionen der arabischen Staaten – und von evidentem Antisemitismus. So hieß es beispielsweise 1966 in einem Schreiben des ersten Botschafters der Bundesrepublik, Rolf Friedeman Pauls, an das AA: ‚Wir sollten den Israelis auch verdeutlichen, dass wir ihren ständigen Appell an unsere moralische Verpflichtung durchschauen: dass sie Moral sagen,

aber Kasse meinen, nicht bereit, uns für die Leistung auch nur teilweise Entlastung zu erteilen.“

Zum Rückzug der arabischen Botschafter nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel und den Boykottaktivitäten schrieb Legationsrat Lesser, durch die Beziehung zu Israel befinde sich Deutschland in einer „entsetzlichen Zwangslage“, aus der es sich zu befreien gelte. Und noch deutlicher hieß es: „Einen Grund für ‚besondere Beziehungen‘ zwischen uns und Israel gibt es heute nicht mehr. Denn genau diese ‚besonderen Beziehungen‘ waren es, die das deutsch-arabische Verhältnis gestört und zerstört haben und damit unseren Interessen abträglich waren.“ Der deutsche Botschafter in Kairo, Hans-Georg Steltzer, äußerte sogar Verständnis für die Olympia-Attentäter von 1972. Er sagte, bei aller Missbilligung müsse „auch die arabische Einstellung hierzu verstanden werden, die in den Fedajin idealgesinnte junge Leute erblickt, die aus Verzweiflung über die Not in ihrer Heimat gehandelt“ hätten. Eine unverhohlene Rechtfertigung der Morde war das, und wenn man weiß, dass der bundesrepublikanische Diplomatenkorps und das Auswärtige Amt zahllose alte Nationalsozialisten weiterbeschäftigte, verwundert das auch nicht.

Pathos für den Judenstaat, Politik für seine Feinde

Doch wie stellt sich die deutsche Politik gegenüber Israel heute dar, 56 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen? Nun, man musste auch schon bei Angela Merkels Knesset-Rede vor 13 Jahren auf die Zwischentöne hören und die diplomatischen Floskeln dechiffrieren. Denn die Beteuerungen, die „historische Verantwortung Deutschlands“ sei ein „Teil der Staatsräson“, die Sicherheit Israels sei „niemals verhandelbar“, und in der „Stunde der Bewährung“ dürfe es „keine leeren Worte“ geben, relativieren sich bei näherem Hinsehen. Merkel fuhr nämlich fort: „Deutschland setzt gemeinsam mit seinen Partnern auf eine diplomatische Lösung. Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entschieden für Sanktionen einsetzen.“ Was aber, wenn eine „diplomatische Lösung“ scheitert, weil diejenigen, die Israel vernichten wollen, daran gar kein Interesse haben? Und wenn die Sanktionen, die deutscherseits keineswegs je *entschieden* verfolgt wurden, keine Wirkung zeitigen? Die Antwort ist längst bekannt: Eine direkte militärische Unterstützung des jüdischen Staates wird es nicht geben, sondern bestenfalls eine Fortsetzung der pazifistischen Symbolpolitik.

Signifikant zu erkennen ist das nicht zuletzt am Umgang eben mit dem Iran, jenem Staat also, dessen Regime immer wieder bekräftigt hat, dass Israel von der Landkarte getilgt gehöre, und das genau zu diesem Zweck nukleare Ambitionen hegt. Seit der sogenannten Islamischen Revolution 1979 pflegt Deutschland mit dem Regime das, was später „kritischer Dialog“ getauft wurde – mit einem Regime, das Tausende ermorden lassen und Millionen ins Exil getrieben hat. Die Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel gehören elementar zur „Islamischen Republik“ Iran, auch unter dem letzten Präsident Hassan Rouhani, der keineswegs, wie man im Westen nach seiner ersten Wahl im August 2013 gerne glaubte, ein „Reformer“ war, sondern, um meinen Kollegen Stephan Grigat zu zitieren, „The Friendly Face of Terror“, das freundliche Gesicht des Terrors. Während Rouhani seine westlichen Gesprächspartner anlächelte, stiegen die Hinrichtungszahlen seit seiner Amtsübernahme drastisch, und selbstverständlich wurde auf Militärparaden weiterhin „Marg bar Israel“, also „Tod Israel“ gerufen und blieb der Antisemitismus des Regimes vollkommen unangetastet. Allenfalls nannte Rouhani den Holocaust keinen „Mythos“, sondern bezeichnete ihn als etwas, das den Palästinensern jeden Tag durch Israel widerfahre. Da atmete man in Deutschland erleichtert auf.

Und wie wird es unter dem neuen Präsidenten Ebrahim Raisi? Für Israel eher noch schlimmer, denn Chefrichter Raisi war ein fürchterlicher Jurist, er ist voll und ganz ein Mann des Systems und „den nuklearen Bestrebungen des Regimes sowie dessen globaler Terrorkampagne verpflichtet“, wie der israelische Außenminister Yait Lapid zu Recht anmerkte. Wird sich für die politisch Verantwortlichen in Deutschland etwas ändern? Das ist nicht anzunehmen.

Als es im Sommer 2015 zum Wiener Atomdeal zwischen den fünf Vetomächten in der Uno plus Deutschland auf der einen Seite und dem Iran auf der anderen Seite kam, gehörte der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zu den Ersten, die mit einer Wirtschaftsdelegation in den Iran reiste, kaum dass die Tinte unter dem Abkommen getrocknet war. Nichts war eiliger und wichtiger, als dort nach Jahren der Sanktionen wieder Geschäfte voranzutreiben. Natürlich heißt man in der Bundesregierung die Vernichtungsdrohungen des iranischen Regimes gegenüber dem jüdischen Staat nicht gut, aber Konsequenzen ergeben sich daraus nicht. Nicht einmal die klaren Verstöße des Iran gegen das Abkommen, die geeignet sind, Israels Sicherheit und sogar die Existenz des jüdischen Staates zu gefährden, können daran etwas ändern. Wie Sie vermutlich wissen, hat

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem iranischen Regime zum 40. Jahrestag der „Islamischen Revolution“ im Februar 2019 sogar „herzliche Glückwünsche [...] auch im Namen meiner Landsleute“ übermittelt. Dafür erntete er deutliche Kritik, doch ein Jahr später gab es das gleiche Glückwunschtelegramm noch einmal. Eine Panne, hieß es aus dem Bundespräsidialamt. Gewiss doch.

„Die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“, hatte Angela Merkel vor der Knesset gesagt, und so ähnlich steht es auch im Koalitionsvertrag: „Das Existenzrecht Israels ist für uns unumstößlich und ein Pfeiler deutscher Politik.“ Doch die Wirklichkeit sieht anders aus, weil auf die hehren Worte leider beizeiten Taten folgen, die die Sicherheit Israels gefährden. Das gilt für das Appeasement gegenüber dem Iran, das gilt für die politische Flankierung der Geschäfte mit den arabischen Staaten, die Israel lieber heute als morgen von der Landkarte getilgt sähen. Und es gilt beispielsweise auch für den Bundestagsbeschluss, der im Anschluss an die „Free Gaza“-Flotte verabschiedet wurde. Etwas mehr als elf Jahre ist das her, und doch sollte nicht in Vergessenheit geraten, was sich damals zutrug.

Denn im Juli 2010, einen Monat nach dem von einer israelischen Spezialeinheit beendeten Versuch eines Bündnisses aus Islamisten und europäischen „Friedensaktivisten“, die israelische Blockade des Gazastreifens auf dem Seeweg zu durchbrechen, vollzog das deutsche Parlament de facto einen offenen Bruch mit dem jüdischen Staat. Dem Parlament war ein von der SPD und den Grünen initiiertes interfraktioneller Antrag zur Entschließung vorgelegt worden, dessen Titel lautete: „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“. Was in den Jargon bester Absichten gekleidet war, stellte ein Dokument staatsoffizieller Dämonisierung und Delegitimierung Israels dar. In ihm wurden eine „internationale Untersuchung“ der Vorfälle vor der Küste des Gazastreifens sowie die „sofortige“ und „bedingungslose“ Aufhebung der Blockade des Gazastreifens gefordert; in beherrschendem und anmaßendem Ton hieß es dort zudem: „Die Blockade Gazas ist kontraproduktiv und dient den politischen und Sicherheitsinteressen Israels letztlich nicht“ – das weiß man in Berlin selbstverständlich besser als in Jerusalem.

Die erste Forderung des deutschen Parlaments – die nach dem Tribunal – zielte auf die Dämonisierung Israels ab und ist zudem ein dreister Eingriff in die Souveränität des Staates Israel. Großbritannien hat seinen „Bloody Sunday“ aufgearbeitet, der Deutsche Bundestag

unterhielt einen Untersuchungsausschuss zur Bombardierung im afghanischen Kundus – aber Israel soll seine Angelegenheiten gefälligst von vermeintlich übergeordneten Instanzen durchleuchten und regeln lassen. Die zweite Forderung – die nach dem sofortigen Ende der für Israel essenziellen Blockade des Wirkungsbereiches der Hamas – lief in der Konsequenz darauf hinaus, dass Israel sich den islamistischen Mördern waffen- und tatenlos ausliefern soll. Keiner der Abgeordneten verstand sich als Antisemit, doch der Beschluss war ein Dokument des Konsens und Gemeinsinn stiftenden neuen Antisemitismus – einstimmig (!) beschlossen im Deutschen Bundestag.

Entsprechend gestalteten sich denn auch die Redebeiträge der Abgeordneten aller Fraktionen während der Bundestagsdebatte über den Antrag. Wolfgang Gehrke von der Linkspartei beispielsweise sagte: „Jetzt ist etwas Besonderes passiert, das ich hier gewürdigt wissen will. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Das heißt, dass zum ersten Mal in der Nahostfrage alle Fraktionen des Hauses einen gemeinsamen Antrag haben.“ Auch der Freidemokrat Rainer Stinner war begeistert: „Das, was wir hier erleben, ist tatsächlich eine neue Qualität gemeinsamer deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.“ Rolf Mützenich von der SPD verkündete in altväterlichem Ton, was das Beste für den jüdischen Staat ist: „Wir müssen Israel deutlich machen, dass durch die Abriegelung des Gazastreifens genau das Gegenteil von dem erreicht wird, was Israel eigentlich erreichen will.“ Und der Unionspolitiker Philipp Mißfelder glaubte, der Kapitulationsaufruf an den jüdischen Staat sei gewissermaßen die logische, fast zwingende Konsequenz aus der deutschen Vergangenheit: „Gerade vor dem Hintergrund unserer historischen Verantwortung und unserer Geschichte, die in der heutigen Zeit nicht von Schuld, sondern von großer Verantwortung geprägt ist, geht es darum, gemeinsam die Ziele des Friedens zu erreichen. Ich finde, unser Antrag ist dabei sehr hilfreich.“ Das fanden ausnahmslos alle, weshalb das Bundestags-Protokoll nach der Abstimmung auch „Beifall im ganzen Hause“ notierte. Eine solche Einigkeit herrscht sonst nur bei Spielen der deutschen Fußball-Nationalmannschaft.

Ebenfalls ohne Gegenstimme angenommen wurde vor einem Jahr ein Antrag von Union und SPD zur damaligen Überlegung der israelischen Regierung, die staatliche Souveränität auf Teile des Westjordanlands auszudehnen. Zwar war in dieser Hinsicht noch nichts geschehen; es hatte keine Abstimmung in der Knesset gegeben, die konkrete Ausgestaltung des vermeintlichen Vorhabens war unklar, und es waren noch keine militärischen Maßnahmen ergriffen worden. Bekanntlich geschah all dies auch später nicht. Dennoch formulierten alle

Bundestagsfraktionen Anträge zum Thema, und am Ende setzte sich die gemeinsame Vorlage der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD durch.

Darin hieß es, eine „einseitige Erklärung israelischer Souveränität“ könne „erhebliche Auswirkungen auf den Friedensprozess des Nahen Ostens und die regionale Stabilität haben“, ein Ende der Zweistaatenlösung bedeuten, die Friedensabkommen Israels mit Jordanien und Ägypten sowie die Sicherheit des jüdischen Staates gefährden, Jordanien destabilisieren, die „ohnehin fragile Stabilität in den palästinensischen Gebieten in Gefahr“ bringen und das Risiko „erneuter gewaltsamer Auseinandersetzungen“ erhöhen. Die Bundesregierung solle deshalb „der dringlichen Forderung an die israelische Regierung, von einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes und von dem weiteren Ausbau der Siedlungen abzusehen, die beide im Widerspruch zu internationalem Recht stünden, Nachdruck verleihen“.

Hat man solche Töne je im Parlament gegenüber der palästinensischen Seite vernommen, wenn diese mal wieder Raketen auf Israel schoss, Selbstmordattentäter schickte oder Vernichtungsdrohungen aussprach? Gibt es überhaupt andere internationale Konflikte, bei denen der Bundestag an eine Seite ähnlich markige Worte richtet, während er sich gleichzeitig der „besonderen Beziehungen“ zu dieser Seite rühmt? Einzig der FDP-Abgeordnete Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, als er in seiner Plenarrede sagte: „Es ist bemerkenswert, wie oft und motiviert hier im Deutschen Bundestag über Israel diskutiert wird. Bis zum heutigen Tag kenne ich keine einzige Resolution, kein einziges Papier des Deutschen Bundestags, wo die Islamische Republik Iran verurteilt wird, wo Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt werden und wo vor allem die Rolle des Irans in der Region verurteilt wird.“

Der Bundestag führte diese Debatte am 1. Juli 2020. Just an diesem Tag übernahm Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und zudem für einen Monat als nichtständiges Mitglied den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Da hatte es offenbar höchste Priorität für die deutsche Außenpolitik, den jüdischen Staat zu maßregeln und Erwägungen der israelischen Regierung entgegenzutreten, „zu denen niemandem Details vorliegen“ und „von denen wir nicht wissen, ob sie heute, morgen oder eventuell auch überhaupt nicht umgesetzt werden“, wie Bijan Djir-Sarai anmerkte. So viel Zurückhaltung mochte Bundesaußenminister Heiko Maas nicht zeigen. Er sagte in seiner Rede im Bundestag, durch den gleichzeitigen Vorsitz in der EU und bei der Uno trage

Deutschland „eine ganz besondere Verantwortung, und zwar für Frieden und Stabilität in Israel und der Region, im Nahen Osten insgesamt“.

Dieser Verantwortung wird man aus seiner Sicht anscheinend am besten gerecht, indem man Israel schon mal vorsorglich die Verantwortung für Destabilisierung und Friedensgefährdung zuschiebt. Die palästinensische Seite bedachten die Regierungsparteien in ihrem Antrag derweil lediglich mit der freundlichen Aufforderung, für „demokratische Legitimität mittels Parlaments- und Präsidentschaftswahlen“ zu sorgen, die seit über 15 Jahren nicht mehr stattgefunden haben, und sich „mit eigenen Vorschlägen konstruktiv an der Lösung des Konflikts“ zu beteiligen. Deutschland fühle sich Israel zwar verpflichtet, so Maas, aber das gelte mit Blick auf „unsere historische Verantwortung“ genauso „für die Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechtes“. Und wenn der jüdische Staat sich diesbezüglich unbotmäßig verhalten sollte, bekommt er es mit dem selbstbewussten Deutschland zu tun. Noch einmal Zitat Heiko Maas: „Dazu zu schweigen, ist keine Alternative. Das werden wir auch nicht, und das müssen dann auch die aushalten, die dafür verantwortlich sind.“

Apropos Heiko Maas. Als der Sozialdemokrat im März 2018 zum Bundesaußenminister ernannt wurde, war es ihm ein Anliegen, so bald wie möglich nach Israel zu reisen. Nicht einmal zwei Wochen nach seinem Amtsantritt traf er dort ein, und der Kontrast zu seinem Vorgänger Sigmar Gabriel war beträchtlich. Anders als sein Parteifreund schwadronierte Maas nicht von „Apartheid“ in Hebron und brüskierte die israelische Regierung auch nicht durch Treffen mit fundamentaloppositionellen israelischen Nichtregierungsorganisationen, die das Herz jedes deutschen „Israelkritikers“ höher schlagen lassen. Er traf sich stattdessen mit 30 Shoa-Überlebenden zu einem vorgezogenen Pessach-Seder und wirkte dabei auf sympathische Weise eher wie ein engagierter Zivildienstleistender der Aktion Sühnezeichen denn wie ein Berufsdiplomat. Seiner so markigen wie markanten Erklärung, er sei „wegen Auschwitz in die Politik gegangen“, schien Maas ehrbare Taten folgen zu lassen.

Der Saarländer, zuvor fünf Jahre lang Justizminister in Angela Merkels Kabinett, verzichtete bei dieser Reise auf die bei deutschen Außenministern üblichen Belehrungen zur israelischen Siedlungspolitik, weshalb ihm deutsche Medien bereits eine „entschärfte Rhetorik“ vorwarfen. Als Maas neben dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu auch den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas traf, habe er sich „zugeknöpfter“ gezeigt als sein Vorgänger, wie die FAZ notierte. Er habe Abbas nicht, wie es Gabriel getan hatte, einen „Freund“ genannt, „sich ungleich schroffer“ gegeben und „den Palästinensern keine

Liebe“ geschenkt, so die FAZ. Sollte ein deutscher Außenminister die Solidarität mit Israel tatsächlich ernst meinen?

Heute lässt sich das verneinen, Maas' Politik ist von der seines Vorgängers kaum mehr zu unterscheiden. Zwar bekräftigte er im Mai 2019 aus Anlass des 70. Jahrestags der Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen das Merkel'sche Diktum, die historisch begründete Verantwortung Deutschlands für den jüdischen Staat und dessen Sicherheit sei „Teil der deutschen Staatsräson“. Auch sagte er: „Dass Israel heute noch in den Gremien der Vereinten Nationen in unangemessener Form kritisiert, einseitig behandelt und ausgegrenzt wird, besorgt die Bundesregierung sehr.“ Deutschland habe „eine feste Zusage gegeben, auch als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Freund Israels zu handeln, einer unfairen Behandlung Israels in den Vereinten Nationen entgegenzutreten und Israels legitime Interessen zu unterstützen“.

Doch dem stehen Taten entgegen, die in Maas' Verantwortung liegen und die diese Beteuerungen als bloße Rhetorik entlarven. Wenn etwa die UN-Generalversammlung zusammentritt, verurteilt sie Israel jedes Jahr um ein Mehrfaches häufiger in Resolutionen als alle anderen Länder der Welt zusammen. Es ist ein unwürdiges, absurdes Stelldichein: Während der einzige jüdische Staat auf dieser Welt rund zwanzigmal verurteilt wird, kommt der Rest des Planeten vielleicht auf fünf oder sechs negative Beschlüsse. Deutschland stimmt den antiisraelischen Resolutionen in 75 Prozent der Fälle zu. Das heißt: Die Bundesregierung trägt ihren Teil dazu bei, dass Israel in und von der Uno in unangemessener Form kritisiert, einseitig behandelt und ausgegrenzt wird. Als Maas einmal darauf angesprochen wurde, sagte er, man verfolge die Linie, sich an den Diskussionen über die betreffenden Resolutionsentwürfe bis zum Schluss zu beteiligen, statt sich zurückzuziehen und mit Nein zu stimmen. Auf diese Weise habe man viele Beschlüsse abmildern können.

Wörtlich sagte er: „Anstatt frühzeitig aus der Debatte rauszugehen und damit Resolutionstexte zu bekommen, die deutlich schärfer gegen Israel gerichtet sind, wollen wir in den Debatten Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass die Texte so ausfallen, dass sie nicht die Schärfe haben, sondern dass Dinge, die dort stehen und die wir nicht mittragen können, auch nicht verabschiedet werden.“ Doch auch in ihrer abgeschwächten Form sind diese Resolutionen untragbar, schon weil ihre schiere Zahl – verglichen mit den wenigen Verurteilungen anderer Länder – für eine weitere Dämonisierung und Delegitimierung des jüdischen Staats sorgt.

Gleichwohl erklärt Maas: „In seiner tiefen Verbundenheit mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel wird Deutschland weiterhin seinen Beitrag dazu leisten, Israels Präsenz in den Vereinten Nationen zu stärken.“ Die Aussage muss in den Ohren der meisten Israelis wie Hohn klingen. Kommt es zu einem Anschlag palästinensischer Terroristen gegen Israelis, reagiert das Auswärtige Amt in Erklärungen meist nicht mit Empathie, sondern ermahnt „beide Seiten“, die Zweistaatenlösung nicht zu gefährden. Im März dieses Jahres stimmte Deutschland im UN-Menschenrechtsrat sogar mit Ja, als ein Waffenembargo gegen Israel gefordert wurde. Als die Freidemokraten im März 2019 im Deutschen Bundestag den Antrag stellten, die Bundesregierung aufzufordern, das deutsche Abstimmungsverhalten gegenüber Israel bei den Vereinten Nationen zu ändern, wurde dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Längst ist Heiko Maas auf die äquidistante – und das heißt: „israelkritische“ – Linie der deutschen Außenpolitik im Nahen Osten eingeschwenkt, sei es, weil es ihm innerhalb der Regierung verordnet wurde, sei es aus eigener Überzeugung. Seine Erklärung, „wegen Auschwitz in die Politik gegangen“ zu sein, ist der Lächerlichkeit preisgegeben; seine in Feiertagsreden geäußerte Sorge um den jüdischen Staat und seine Versicherung, „als Freund Israels zu handeln“, erweisen sich als Floskeln. Maas mag zwar zurückhaltender auftreten als Sigmar Gabriel, in der Sache aber trennt die beiden nichts Wesentliches.

Deutschland und die UNRWA

Und wo ich schon bei Deutschland, Israel und der Uno bin, möchte ich kurz noch auf eine Problematik eingehen, die in der deutschen Öffentlichkeit nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es geht um die deutsche Finanzierung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinenser, der *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, kurz: UNRWA. Deutschland ist inzwischen der Hauptsponsor. Lassen Sie mich dazu kurz etwas erklären.

Die als palästinensische Flüchtlinge geltende Personengruppe genießt innerhalb der Uno eine Sonderstellung: Während alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt in den Zuständigkeitsbereich des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen, haben die Palästinenser seit 1949 ihr eigenes Flüchtlingshilfswerk. Damals rief die UN-Vollversammlung die UNRWA ins Leben, um rund 700.000 palästinensische Araber zu

versorgen, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges den neu gegründeten jüdischen Staat nach dem Überfall der arabischen Staaten verlassen hatten oder verlassen mussten. Nach den UN-Richtlinien wird ihr Flüchtlingsstatus – anders als bei allen anderen Flüchtlingen und entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention – bis heute vererbt. Die erdrückende Mehrheit der mittlerweile fast fünfeinhalb Millionen Palästinenser, die bei der UNRWA als „Flüchtlinge“ registriert sind – und dadurch ein Anrecht auf kostenlose Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Sozialhilfe haben –, ist also niemals geflohen, sondern erhielt diesen Status einfach durch die Abstammung von „echten“ Flüchtlingen.

Dadurch leben heute Millionen von Palästinensern als „Flüchtlinge“ auch auf palästinensischem Grund und Boden und streben ihre „Rückkehr“ an – in ein Land, in dem sie ja nie gelebt haben. Die UNRWA unterstützt sie dabei ausdrücklich. Der UNHCR versucht, nötigenfalls eine neue Heimat für die Flüchtlinge zu finden, und hilft ihnen bei den Hürden und Formalitäten der Einwanderung. Der UNRWA dagegen sieht die einzige Lösung des „Flüchtlings“-Problems in der „Rückkehr“ der Palästinenser auf das Territorium, das seit 1948 israelisch ist. Von „Rückkehr“ kann hier natürlich keine Rede sein, denn die weitaus meisten Palästinenser sind ja gar nicht geflohen, sondern eben die Nachkommen von Geflüchteten. Eine Integration der Palästinenser in die Länder, in denen sie leben, unterstützt die UNRWA ausdrücklich nicht.

Eine solche Integration als dauerhafte Lösung würde nämlich den Verzicht auf die „Rückkehr“ bedeuten, und das hätte weitreichende Konsequenzen: Die Existenz Israels würde damit anerkannt, auf die „Befreiung ganz Palästinas“ – also die Zerstörung des jüdischen Staates – würde somit verzichtet. Der gesamte palästinensische Mythos von der grundsätzlichen Unrechtmäßigkeit Israels wäre hinfällig, und es gäbe keine Möglichkeit mehr, über die „Rückkehr“ von mehr als fünf Millionen Palästinensern die Demografie in Israel so zu verändern, dass die Juden zur Minderheit würden. Dass die palästinensische Seite sich einer Akzeptanz der Realität und damit der Möglichkeit einer Koexistenz mit Israel verweigert, ist das eine, dass die Uno-Einrichtung UNRWA diese fatale Haltung auch noch tatkräftig fördert, etwas anderes.

Über 90 Prozent ihres Haushalts erhält die UNRWA direkt von einzelnen Staaten. Bis vor kurzem waren die USA der größte Geldgeber, doch unter Präsident Trump haben die Vereinigten Staaten jedoch ihre Zuwendungen – die rund ein Drittel des UNRWA-Budgets

ausmachten – zunächst drastisch gekürzt, um sie schließlich komplett einzufrieren. Andere Länder sind dafür in die Bresche gesprungen – vor allem Deutschland, das mittlerweile der größte Geldgeber der UNRWA ist. Rund 200 Millionen Dollar gab es alleine im Jahr 2020 an diese Einrichtung. An Bedingungen ist die Vergabe nicht geknüpft.

Die UNRWA ist die größte Einzelorganisation der Vereinten Nationen und mit knapp 30.000 Mitarbeitern – davon sind bis auf 200 alle Palästinenser – der zweitgrößte Arbeitgeber in den palästinensischen Gebieten hinter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zum Vergleich: Der UNCHR verfügt über etwas mehr als 17.000 Mitarbeiter, die für 26 Millionen Flüchtlinge zuständig sind. Die UNRWA betreibt zudem das größte Bildungswerk des Nahen Ostens, rund eine halbe Million Kinder lernt hier in 721 Schulen, dass sie Opfer israelischer Vertreibung sind und ein sakrosanktes „Rückkehrrecht“ haben, das notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden soll.

Angesichts dessen verwundert es auch nicht, dass die UNRWA enge Verbindungen zur Hamas unterhält. Der israelische Journalist David Bedein, der seit Jahren zur UNRWA recherchiert, präsentiert in seinem Buch „UNRWA: A Roadblock to Peace“ zahlreiche Beispiele für die Kooperation der UN-Einrichtung mit Terroristen: Gedenkzeremonien für Hamas-Führer werden in UNRWA-Schulen abgehalten, UNRWA-Lehrer widmen sich nach Feierabend dem Raketenbau und werden im Falle ihrer Tötung in den UN-Schulen als „Märtyrer“ gefeiert, UNRWA-Jugendclubs mutieren zu Terroristentreffs. Hinzu kommt, dass das in UNRWA-Schulen verwendete Lehr- und Lernmaterial vor Antisemitismus nur so strotzt. Auf Landkarten ist der Staat Israel nicht existent, Juden haben laut den Schulbüchern keine heiligen Orte in Palästina, sondern bloß „gierige Ambitionen“. Bei den Wahlen zu den UNRWA-Angestelltenvertretungen im September 2012 hat die Hamas-Liste folgerichtig einen deutlichen Sieg erzielt. 11.500 UNRWA-Mitarbeiter haben demzufolge damals ihre Stimme abgegeben, die Hamas gewann alle elf Sitze im Lehrersektor, sechs von sieben im Arbeitersektor und acht von neun im Dienstleistungssektor. Eine konkurrierende Liste gab es durchaus – nur war es die des Islamischen Jihad.

Die UNRWA ist letztlich ein Teil des Problems und nicht der Lösung, schon weil sie die Flüchtlingsproblematik verewigt, statt auf ihr Ende hinzuarbeiten. Die UNRWA verstärkt den Antisemitismus, die Opferhaltung und den Märtyrerkult der Palästinenser. Dass sich die Hamas in ihren Reihen tummelt und pudelwohl fühlt, ist deshalb weder ein unglücklicher Zufall noch ein Versehen, sondern nur folgerichtig, denn die ganze Struktur des Hilfswerks ist

darauf angelegt. War es angesichts dessen wirklich eine gute Idee, dass sich Deutschland zum Hauptfinanzier der UNRWA aufgeschwungen hat? Sollte es nicht vielmehr darum gehen, die Integration der Palästinenser zu fördern und auf das Ende von Illusionen hinzuwirken?

Statt eines Fazits

Man könnte sagen, dass die deutsche Israel-Politik gewissermaßen ein doppeltes Gesicht hat, und das seit jeher: In Sonntagsreden werden gerne das besondere Verhältnis zum jüdischen Staat, die Verbundenheit mit ihm und die Verpflichtung betont, die sich aus der Geschichte ergebe. In der Praxis jedoch zeigt sich, dass davon oft nicht allzu viel übrig bleibt, wenn es tatsächlich darauf ankommt. Die Nachgiebigkeit gegenüber Israels Feinden ist immens, sei es in der Variante wie bei der Flugzeugentführung 1972, sei es beim Appeasement gegenüber dem Iran, im Abstimmungsverhalten in der Uno oder in einstimmigen parlamentarischen Verurteilungen. Mag schon sein, dass Israel weiterhin mit deutschen Waffen oder U-Booten beliefert wird – das relativiert sich jedoch stark, wenn man einen Blick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten und zum Iran wirft. Ohnehin muss man konstatieren, dass sich an dem ausgezeichneten deutschen Verhältnis zur arabisch-islamischen Welt über die Jahrzehnte letztlich nichts geändert hat – Deutschland gefällt sich dort weiterhin in der Rolle des scheinbar äquidistanten „ehrlichen Maklers“ und vermeidet es unter allen Umständen, sich allzu pro-israelisch zu positionieren.

All die ganzen guten Hinweise und freundschaftlichen Ratschläge, die man als Erkenntnisse aus der grandiosen deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ verkauft, sind kaum verhohlene Warnungen an den jüdischen Staat: Tut, was wir euch sagen, sonst zwingt ihr nicht nur eure Feinde, sondern auch eure Freunde, andere Saiten aufzuziehen. Räumt die Siedlungen und hebt die Blockade des Gazastreifens auf, sonst seid ihr für Raketen und Attentate selbst verantwortlich, haltet gegenüber dem Iran die Füße still, sonst können wir für nichts garantieren. Das pflichtschuldige Bekenntnis zur deutschen Vergangenheit, das ganze Pathos in den Reden dient vor allem der moralischen Salvierung der Kritik und einer Politik, die Israels Existenz gefährdet – weil sie das Land diplomatisch in die Isolation treibt und gleichzeitig seine Feinde stärkt. Die Gründe dafür waren und sind mannigfaltig: Antisemitismus in seiner israelbezogenen und seiner Schuldabwehr-Variante, ökonomische

Interessen, Opportunismus, Appeasement, Indifferenz, eine Mischung aus allem. Akzeptabel ist keiner davon.